

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

vom:	<b>23.05.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:15 Uhr</b>
Ort:	<b>Kursana-Theodor-Keßler-Haus Am Witschert 10</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

Schmidt, André - als Vorsitzender -  
Eberlein, Klaus-Peter  
Eger-Kahleis, Brigitte  
Flohren, Angelika  
Kaiserling, Carl-Norbert  
Kamieth, Jens  
Katz, Reinhilde  
Krombach, Ulrich  
Nell, Karl-Heinz  
Rujanski, Detlef  
Tigges, Johannes  
Wolters, Maria - für Stv Neubauer, Hans-Peter -

##### II. Beratende Mitglieder:

Ditsch, Gül - für vom Ausländerbeirat noch nicht benanntes ordentliches Mitglied -  
Gürke, Volker - für AM Klein, Horst -  
Wurm, Manfred - für AM Mücke, Helga -  
Kill, Erika  
Löwenberg, Horst  
Max, Christian  
Nauck, Gerda - bis 17.45 Uhr, TOP 7 ö. T. -

##### III. Als Zuhörer:

##### IV. Von der Verwaltung:

##### Nicht anwesend waren:

**Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ab 15.30 Uhr eine Besichtigung des**

**Kursana-Altenzentrums statt (s. auch Anlagen zur Niederschrift).**

## **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Rujanski bestimmt.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

### **3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

### **5. Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern**

Vorlagennr. 1897/2002

Herr Krombach beantragt, der abweichenden Empfehlung des Ausländerbeirates zum Verwaltungsvorschlag zu folgen und die Restmittel in Höhe von 1.396,00 € dem Ausländerbeirat zur Verfügung zu stellen, damit dieser die Gelder zur Sprachförderung und Hausaufgabenbetreuung ausländischer Kinder einsetzen kann.

Herr Engelmann verweist auf die an die Ausschussmitglieder verteilte Tischvorlage mit der Beschlussempfehlung des Ausländerbeirates. Ob die Hausaufgabenbetreuung konform zur Richtlinie ist, kann nicht direkt beantwortet werden. Zum Antrag Nr. 5, Institut für Kirche und Gesellschaft, erläutert er ergänzend, dass die Maßnahme bereits vor der Antragsfrist beendet und damit nicht förderfähig ist.

Herr Schmidt macht deutlich, dass das Verfahren richtlinienbedingt schwierig ist und im Anschluss an die Beschlussfassung eine Aussprache zur zukünftigen Arbeit der „Zehnerkommission“ erfolgen soll.

Frau Flohren bittet die Verwaltung, zukünftig bei den nicht zuschussfähigen und daher abzulehnenden Anträgen eine kurze Begründung beizufügen.

Nach Auffassung der Herren Nell und Kamieth ist dem Ausländerbeirat das Geld nicht zu überlassen, gegebenenfalls kann sich der Ausschuss bei einer konkreten Antragstellung damit befassen. Daneben verweist Herr Nell auf das noch nicht genehmigte Haushaltskonsolidierungskonzept.

Herr Rujanski beantragt, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne Empfehlung zur Übertragung der Haushaltsmittel in das Haushaltsjahr 2003 zu folgen.

Herr Krombach zieht seinen Antrag zurück.



Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen kommt überein, dass sich die Zehnerkommission mit einem zukünftigen Prozedere zur Verteilung der Mittel beschäftigen soll.

---

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen beschließt, dem Vorschlag der 10-er-Kommission zu folgen, von den auf HHSt. 1.498.7195.7 insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln i. H. v. 7.700,00 €

- 5.804,00 € zur Finanzierung vorliegender Zuschussanträge (gem. Anlage zur Vorlage) und
- 500,00 € zur Mitfinanzierung des Freundschaftsfestes

zu verwenden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

### **6. VHS Siegen; hier: Fortschreibung des Berichts über die Auswirkung der Änderung beim Siegener Ausweis**

Vorlagenr. 1808/2002

Entgegen der Vorlage ist ein Anstieg der Siegener Ausweisinhaber von 39 auf 82 Teilnehmer und somit um mehr als 100 % zu verzeichnen, so Herr Hiller. Diese Teilnehmer bilden im Angebot Deutsch als Fremdsprache einen Anteil von 31 %. Der Anstieg begründet sich durch das dezidierte und aufeinander abgestimmte Angebot für die einzelnen Kursbesucher. Daneben können Siegener Ausweisinhaber für die Angebote Deutsch als Fremdsprache Zuschüsse durch den Förderverein erhalten, in einigen Fällen konnte auch eine Ratenzahlung vereinbart werden.

Entsprechend der alten Regelung müssen Wege und Mittel gefunden werden, Deutsch als Fremdsprache durch die VHS wieder kostenfrei anbieten zu können, so Herr Rujanski. Die Sprache ist wichtig für eine Eingliederung und ein gemeinsames Miteinander. Damit der VHS hierbei kein Defizit entstehe, war seiner Meinung nach in

der damaligen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Senioren-fragen Konsens, dass es sich um eine soziale Leistung handelt, die der VHS gut-geschrieben und im Sozialetat an entsprechender Stelle, beispielsweise aus der För-derung sonstiger Vereine und Verbände, VHS, belastet wird.

Für Herrn Nell muss in diesem Bereich eine ausreichende finanzielle Ausstattung vorhanden sein.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass der Sachverhalt ausreichend geprüft wurde und die Auswirkungen bei Siegerner Ausweisinhabern bekannt sind. Der Kulturausschuss hat diese Vorlage zur Kenntnis genommen. Sofern der Ausschuss für Soziales, Fa-milien- und Seniorenfragen beschließt, die Erhöhung der Entgelte teilweise oder ganz aufzuheben, wird die Verwaltung sie als Entscheidungsvorlage zur Disposition der entsprechenden Sitzung in den Haupt- und Finanzausschuss einbringen. Zu-sätzliche Mittel werden nicht bereitgestellt. Für eine Ausweisung im Etat und eine damit verbundene innere Verrechnung der Leistungen ist der verwaltungsseitige Aufwand nach Auffassung des Stadtkämmerers zu hoch.

Frau Nauck erinnert an den Verwaltungsauftrag, wonach eine Aufstellung der Anbie-ter im Bereich Deutsch als Fremdsprache erfolgen sollte.

Nach Auffassung von Herrn Hiller wird die VHS bei anderen Anbietern als Kon-kurrenz gesehen. Deshalb gestaltet sich die Abfrage schwierig. Daneben stehen teil-weise Antworten der Angefragten noch aus. Möglichkeiten einer Förderung beim Sprachverband Mainz wurden geprüft. Im Bereich Deutsch als Fremdsprache ent-sprechen die Zielgruppen der VHS nicht den Anforderungen, die mit einer möglichen Förderung verbunden sind.

Auf die Fragen von Herrn Rujanski erklärt Herr Dr. Rohr, dass es nach derzeitigem Kenntnisstand keine Möglichkeiten einer Bezuschussung dieser Sprachförderung zu Gunsten der VHS gibt. Eine Ausschreibung und die Vergabe dieser Leistung Deutsch als Fremdsprache an Dritte könnte in Erwägung gezogen werden. Über die Zweckmäßigkeit der Abgabe dieses Bereiches sagt er eine Prüfung zu.

Herr Rujanski bittet daneben zu prüfen, ob es Zuschussleistungen für freie Träger gibt, die den öffentlichen nicht zustehen.

Für Herrn Krombach macht es keinen Sinn, solche Kurse von der VHS wegzugeben.



Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **7. Übergangswohnheime für Spätaussiedler und Flüchtlinge - Zustandsbericht/Handlungsbedarfe -**

Vorlagenr. 1936/2002

Nach Auffassung von Herrn Dr. Rohr sind die Wohncontainer nicht mehr herrlich-

tungsfähig. Somit muss man genügend Wohnraum in anderen eigenen Einrichtungen schaffen, was wegen der Haushaltslage unrealistisch ist. Daneben könnten die Menschen möglicherweise auf dem freien Wohnungsmarkt untergebracht werden, was zu einer Verfestigung des Lebensmittelpunktes führen könnte.

Für Herr Krombach steht vordergründig die menschengerechte Unterbringung außerhalb der Wohncontainer. Für die Container empfiehlt er den Abriss. Bezüglich möglicher Rückzahlungsansprüche der seinerzeit gewährten Landeszuschüsse sieht er einen Verhandlungsspielraum. Im Fall der übrigen Einrichtungen sollen ausreichende Mittel zur Renovierung bereitgestellt werden.

Auch Herr Rujanski empfindet den aufgezeigten Zustand der Objekte als desolat. Aus seiner Sicht übersteigen in einigen Fällen die Renovierungskosten den eigentlichen Wert der jeweiligen Immobilie. Er kann deshalb eine Unterbringung der Personen auf dem freien Wohnungsmarkt mittragen und bittet um Einschätzung dieser Möglichkeit.

Herr Häuser teilt die Meinung von Herrn Krombach zur entspannten Wohnmarktlage insofern, als es zu Vermietungen durch private Anbieter kommen könnte. Der Markt mit Sozialwohnungen bleibt begrenzt und darf wegen entsprechender Reglementierungen diesem Personenkreis nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Unterbringung auf dem privaten Wohnungsmarkt scheint für Herrn Kamieth ein gangbarer Weg. Er hebt hervor, dass unter dem Begriff Privatanbieter auch große Wohnungsgesellschaften wie Viterro zu verstehen sind.

Nach Auffassung von Herrn Nell hat die Fachverwaltung wegen der angespannten Haushaltslage keinen Beschlussvorschlag unterbreitet. Deshalb wird er die Vorlage ausschließlich zur Kenntnis nehmen. Die durch Herrn Dr. Rohr aufgezeigte Nutzung des freien Wohnungsmarktes ist für ihn schlüssig.

Nach Ansicht von Herrn Krombach benötigt hier die Verwaltung einen eindeutigen Auftrag durch die Politik. Zur Problematik sollte ein Konzept zum weiteren Verfahren bezüglich des freien Wohnungsmarktes, der vorzeitigen Aufgabe der Container und den daraus möglicherweise entstehenden Rückzahlungsansprüchen des Landes und den weiteren Umgang mit den Massivgebäuden erarbeitet werden.

Bei der jetzigen Situation, so Herr Rujanski, können die dringenden kurzfristigen und anstehenden mittelfristigen Sanierungsmittel in Höhe von 1.319.550 € nicht in den Haushalt eingebracht werden. Selbst wenn die Mittel vorhanden wären, kann nur ein ansatzmäßiges Herrichten der Gebäude bewirkt werden. Auch er empfindet die aufgezeigte Eingliederung des betroffenen Personenkreises in den freien Wohnungsmarkt als eine Möglichkeit der Unterbringung.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass solch ein Konzept und die Umsetzung nicht kurzfristig erfolgen kann.

Zum Hinweis von Frau Flohren zur Gefahr der Gettobildung erinnert Herr Häuser an

den Beschluss des Rates, solche Brennpunkte nicht entstehen zu lassen. Die Herangehensweise an diese Problematik darf nur sehr sensibel erfolgen.

Herr Schmidt schlägt vor, im Rahmen einer der kommenden Sitzungen eine Unterkunft zu besuchen.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**8.      Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.  
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

Vorlagenr. 1582/2001 - Vorlage vom 21.11.2001 -  
dazu: Ergänzungsvorlage 1582/2001 A vom 26.04.2002

Herr Gürke erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Rujanski äußert, dass sich an der bekannten Haltung der SPD nichts geändert hat.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen**

**9.      Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.  
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 1583/2001 - Vorlage vom 21.11.2001 -  
dazu: Ergänzungsvorlage 1583/2001 A vom 29.04.2002

Für die CDU Fraktion gibt es noch offene Fragen, so Herr Nell. Er bittet das Gremium, die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen und die Entscheidung dem Haupt- und Finanzausschuss zu überlassen.

Über den Wortbeitrag von Herrn Nell ist Herr Krombach enttäuscht. Da ein Beschlussvorschlag der Verwaltung vorliegt, muss seiner Auffassung nach hierüber abgestimmt werden.

Für Herrn Löwenberg, Herrn Rujanski und Frau Flohren sollten die offenen Fragen im Fachausschuss geklärt werden, insbesondere weil der Haupt- und Finanzausschuss die Vorlage zur weiteren Beratung und Entscheidung zurückgegeben hat.

Herr Nell beantragt, die Verwaltungsvorlage ohne neue Beschlussfassung weiterzuleiten.

**Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Nell):**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen leitet die Vorlage ohne neue Beschlussempfehlung weiter.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**10. Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.;  
hier: Förderung von besonderen sozialpädagogischen Betreuungs-  
maßnahmen**

Vorlagenr. 1931/2002

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002, dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. einen Sachkostenzuschuss in Höhe von 26.587 € zur Durchführung von sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen für ausländische Flüchtlinge einschließlich Verwaltungsmehraufwand zu gewähren.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Büro Bürgermeister/Geschäftsstelle Ausländerbeirat  
Bearbeitet von: Herrn Engelman

Datum: 23.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

<b>Ausländerbeirat</b>	<b>14.05.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>

---

Betreff:

### **Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen (AfSFS) beschließt, dem Vorschlag der 10-er-Kommission zu folgen, von den auf HHSt. 1.498.7195.7 insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln i. H. v. 7.700,00 €

- 5.804,00 € zur Finanzierung vorliegender Zuschussanträge (gem. Anlage zur Vorlage) und
  - 500,00 € zur Mitfinanzierung des Freundschaftsfestes
- zu verwenden.

Darüber empfiehlt der AfSFS im Rahmen des Jahresabschlusses 2002 die nicht benötigten Mittel als Haushaltsausgaberest ins Jahr 2003 zu übertragen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Der aktuelle Haushaltsansatz in der Haushaltsstelle 1.498.7359.7 beträgt 7.700 Euro. Für das laufende Haushaltsjahr 2002 wurden 19 Anträge auf Bezuschussung von Maßnahmen/Projekten gestellt.

Gemäß Nr. 4.1 der Richtlinie zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger hat die Zehnerkommission am 17.04.2002 beraten.

In der Sitzung stufte die Kommission die Anträge zunächst nach Prioritäten, 1 = „besonders förderungswürdig“, 2 = „förderungswürdig“ und 3 = „nicht förderungswürdig“, ein.

Bei den Anträgen der Kategorie 3 handelte es sich um solche, die formelle Fehler enthielten, nicht der Richtlinie entsprachen oder als nicht förderungswürdig eingestuft waren.

Der Vorschlag zur dezidierten Mittelverteilung ist der Anlage zu entnehmen.

Für die nicht vergebenen Mittel entschied die Kommission die Empfehlung auszusprechen, das 18. Freundschaftsfest 2002 mit 500,00 Euro zu unterstützen und an den Kämmerer zu appellieren, die zum Jahresende auf der Haushaltsstelle verbliebenen Mittel als Haushaltsreste in das Jahr 2003 zu übertragen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 7.700,00 €	Haushaltsstelle 1.498.7359.7
-----------------------------------	--	-------------------------------	--	------------------------------

Ulf Stötzel

## Anlage zur VV 1897/2002

### Empfehlungen der Zehnerkommission

1. Die Zehnerkommission empfiehlt, die vorliegenden Anträge mit 5.804,00 Euro gem. nachfolgender Aufstellung zu fördern.

<b>Nr.</b>	<b>Institution</b>	<b>Projektbezeichnung lt. Trägerangabe</b>	<b>kurze inhaltliche Darstellung lt. Träger</b>	<b>Empfehlung 10 er Kommis- sion</b>
<b>1</b>	Geschwister-Scholl-Schule	Türk. Tanzgruppe	Fortsetzung des Projektes einer Tanzgruppe	<b>800,00</b>
<b>2</b>	Deutsch-Indonesische Gesellschaft	Begegnung mit Gamelan	Workshop zur Gamelan Musik mit Menschen verschiedener Kulturen	<b>200,00</b>
<b>3</b>	Evangelischer Kindergarten Fischbacherberg	Internationales Elterncafe	Begegnung von Eltern unterschiedlicher Herkunft	<b>310,00</b>
<b>4</b>	Hauptschule Eiserfeld	Buchprojekt "Alltagsgespräche"	Alltagsszenen aus dem Umfeld von Schülern	<b>250,00</b>
<b>5</b>	Institut für Kirche und Gesellschaft	Deutsch-Türkisches Dialogseminar	Seminar beschäftigt sich mit den Werten in den eigenen Kulturen und Traditionen	<b>0,00</b>

<b>6</b>	Haardter-Berg Schule	Hauptschüler begegnen ausländischen Studenten	Begegnung von Menschen unterschiedlicher Alters-, Sozial- und Bildungsschichten	<b>450,00</b>
<b>7</b>	Arbeitsgemeinschaft Siegerländer Friedensbewegung	Kinder und Krieg auf dem Balkan	1. Begegnung unterschiedlicher Ethnien 2. Erfahrungen zur Situation von Kindern in Kriegsgebieten	<b>0,00</b>
<b>8</b>	Aktion Eine Welt	Multikulturelles Fest	Begegnung verschiedener Kulturen	<b>400,00</b>
<b>9</b>	Spanischer Elternverein	25-jähriges Vereinsjubiläum mit Tag der offenen Tür	Projekt zur Begegnung verschiedener Kulturen	<b>500,00</b>
<b>10</b>	Stelle Chiare	Folkloretrachten	Unterstützung einer multikulturellen Tanzgruppe	<b>500,00</b>
<b>11</b>	Landmannschaft der Siebenbürger	25-jähriges Vereinsjubiläum	Projekt zur Begegnung von Kulturen	<b>0,00</b>
<b>12</b>	Zentrum für Friedenskultur	Workshop	Anhand von Printmedien und Internetinformationen kommunalpolitische Probleme finden, analysieren und Lösungen finden	<b>0,00</b>

<b>13</b>	Türkisch-Islamischer-Kulturverein	Deutschkurs	Multikulturelle Begegnung zwischen Frauen mit Sprachkurs	<b>1.050,00</b>
<b>14</b>	Verein für soziale Arbeit und Kultur e.V.	Mediathek	Erweiterung und Aktualisierung des Bestandes der Mediathek	<b>0,00</b>
<b>15</b>	Verein für soziale Arbeit und Kultur e.V.	Das Menschenbild im Islam und Christentum 2	Informationsveranstaltung zum Abbau von Berührungsängsten und Stärkung eines interkulturellen Dialoges	<b>650,00</b>
<b>16</b>	Spansprach. Kath. Gemeinde	Kindermaßnahme	1. Semester (Samstags) Multikulturelles Tanzprojekt	<b>180,00</b>
<b>17</b>	Spansprach. Kath. Gemeinde	Kindermaßnahme	1. Semester (Montags) Multikulturelles Tanzprojekt	<b>190,00</b>
<b>18</b>	Spansprach. Kath. Gemeinde	Internationales Kinder- und Jugendprojekt	2. Semester 2002 (Samstags) Multikulturelles Tanzprojekt	<b>190,00</b>
<b>19</b>	Spansprach. Kath. Gemeinde	Kinderintegrationsprojekt	2. Semester 2002 (Montags) Multikulturelles Tanzprojekt	<b>134,00</b>

2. Die Zehnerkommission empfiehlt, aus den noch zur Verfügung stehenden Mitteln das 18. Freundschaftsfest mit 500,00 Euro zu fördern.
3. Die Zehnerkommission empfiehlt, an den Kämmerer zu appellieren, mit den nicht verbrauchten Mitteln am Jahresende Haushaltsreste zu bilden und in das Jahr 2003 zu übertragen.

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich  
Fachbereich Volkshochschule  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

<b>Kulturausschuss</b>	<b>20.03.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>

---

Betreff:

**VHS Siegen;  
hier: Fortschreibung des Berichts über die Auswirkung der Änderung beim  
Siegener Ausweis**

---

### **Sachverhalt / Begründung:**

1. In der Sitzung des Kulturausschusses vom 27.09.2001 wurde ein Bericht der Volkshochschule Siegen über die Auswirkung der geänderten Bedingungen für den Siegener Ausweis im Bereich Volkshochschule vorgelegt. Inzwischen liegen die Zahlen für das 2. Halbjahr 2001 vor, die darauf hinweisen, dass sich die Anmeldezahlen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Siegener Ausweis trotz eines nochmaligen geringen Rückgangs auf einem niedrigeren Niveau zu stabilisieren beginnen.
2. Aus den beigegeführten Anlagen 1,2 und 3 ist zu erkennen, dass sich auch im 2. Halbjahr 2001 die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Siegener Ausweis sowohl absolut (auf 175) als auch prozentual (auf 3,41%) nochmals geringfügig verringert hat.  
Die Entgelte (50 % der normalen Entgelte), die von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Siegener Ausweis im Haushaltsjahr 2001 entrichtet wurden, belaufen sich auf knapp 13.000 €, die entgangenen Entgelteinnahmen auf ca. 18.000 € (Anlage 4).
3. Betrachtet man die einzelnen Bereiche aus dem Veranstaltungsangebot der VHS Siegen genauer, so ist festzustellen, dass sich vor allem bei Deutsch als Fremdsprache der prozentuale Anteil von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Siegener Ausweis noch einmal signifikant verringert hat (Anlage 5). Die absolute Zahl von knapp 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Siegener Ausweis im letzten Halbjahr, die Kurse Deutsch als Fremdsprache besucht haben, bedeutet einen nochmaligen Rückgang um ca. 20%. Hier handelt es sich bei den nicht mehr erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern um Asylbewerberinnen und Asylbewerber und

andere Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt, die selbst das auf 50% reduzierte Teilnehmerentgelt nicht mehr aufbringen können. In diesem Zusammenhang kann man sicherlich mit Recht von einer bildungspolitisch bedenklichen Entwicklung sprechen, da einer bestimmten Bevölkerungsschicht der Zugang zur Weiterbildung stark erschwert wird.

4. In den meisten nordrhein-westfälischen Volkshochschulen erhalten Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt freien Zugang zu deren Weiterbildungsveranstaltungen, der zum Teil auf eine bestimmte Anzahl von Kursen pro Jahr beschränkt ist, wie auch bei der Kreis-VHS Siegen-Wittgenstein. Die dabei auftretenden Einnahmeverluste werden entweder dem Zuschussbedarf der VHS zugerechnet, dessen entsprechende Erhöhung dabei stillschweigend in Kauf genommen wird, oder es werden zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche zur Verfügung gestellt, wie z.B. bei der VHS Recklinghausen 35.000 € pro Jahr speziell für die Kurse Deutsch als Fremdsprache.
5. Sollte aus bildungspolitischen Gründen erwogen werden, den Zugang zu den Weiterbildungsveranstaltungen der VHS Siegen für Inhaberinnen und Inhaber des Siegener Ausweis wieder zu erleichtern, indem die alte Regelung des Siegener Ausweises für Alle oder für bestimmte Gruppen oder Programmbereiche wieder hergestellt wird, so wären auf jeden Fall die finanziellen Auswirkungen zu bedenken. Durch die Neuregelung der Bedingungen des Siegener Ausweis erwirtschaftet die VHS inzwischen pro Jahr zusätzliche Entgelteinnahmen in Höhe von 13.000 € bei auf 18.000 € zurück gegangenen Einnahmeverlusten. Diese zusätzlichen Entgelteinnahmen würden dann auf jeden Fall wegfallen, und der Zuschussbedarf der VHS würde sich automatisch um diesen Betrag erhöhen. Außerdem müsste bei einer dann wieder höheren Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Siegener Ausweis wieder mit höheren Einnahmeverlusten gerechnet werden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ja ☒nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
	<input checked="" type="checkbox"/> nein			<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VmH	<input type="checkbox"/> im VwH	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	<b>Haushaltsstelle</b>
---------------------------------	---------------------------------	--	-------------------------------------	------------------------

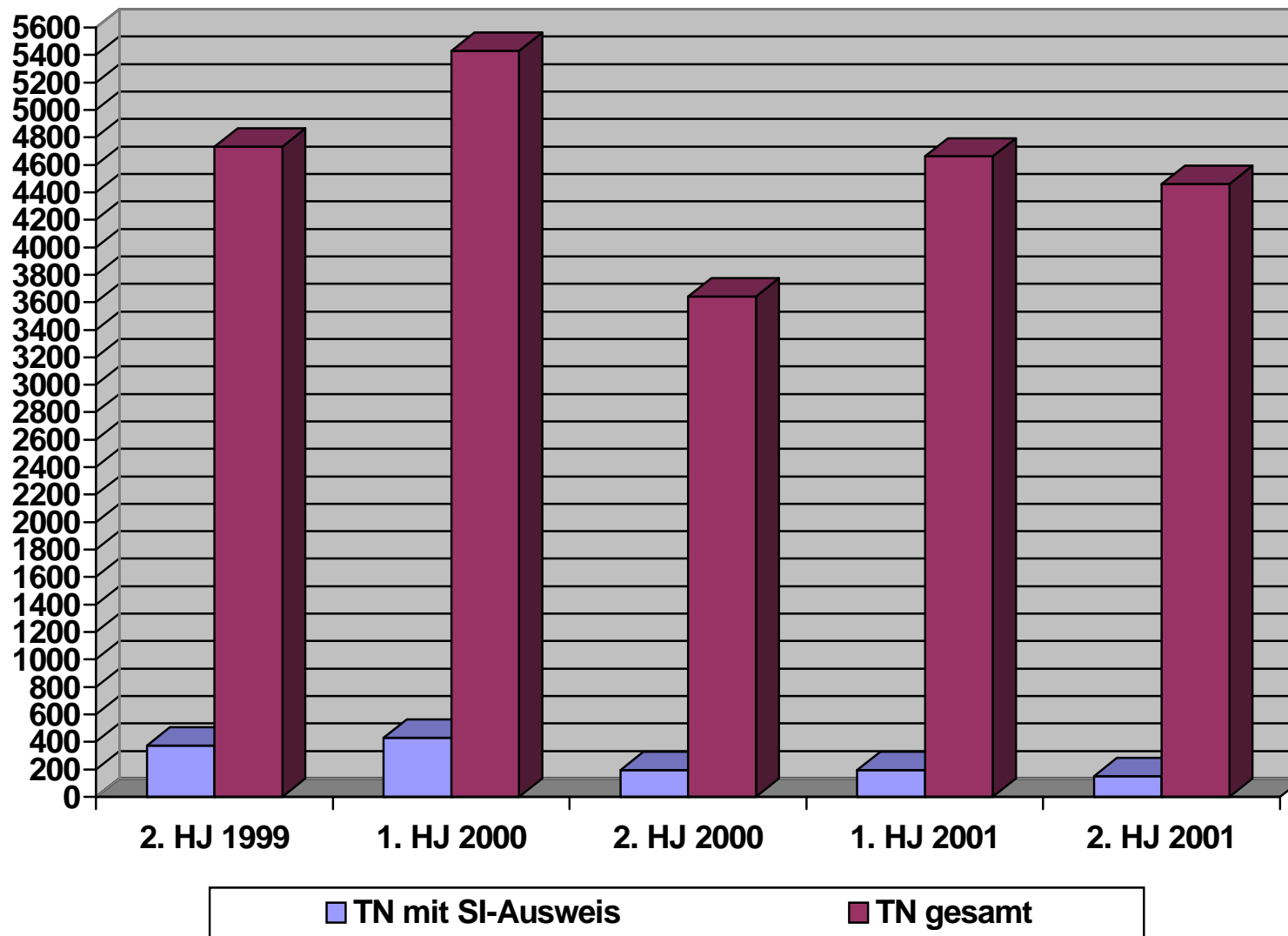
Im Auftrag

Fritz Hiller

stellv. VHS-Leiter

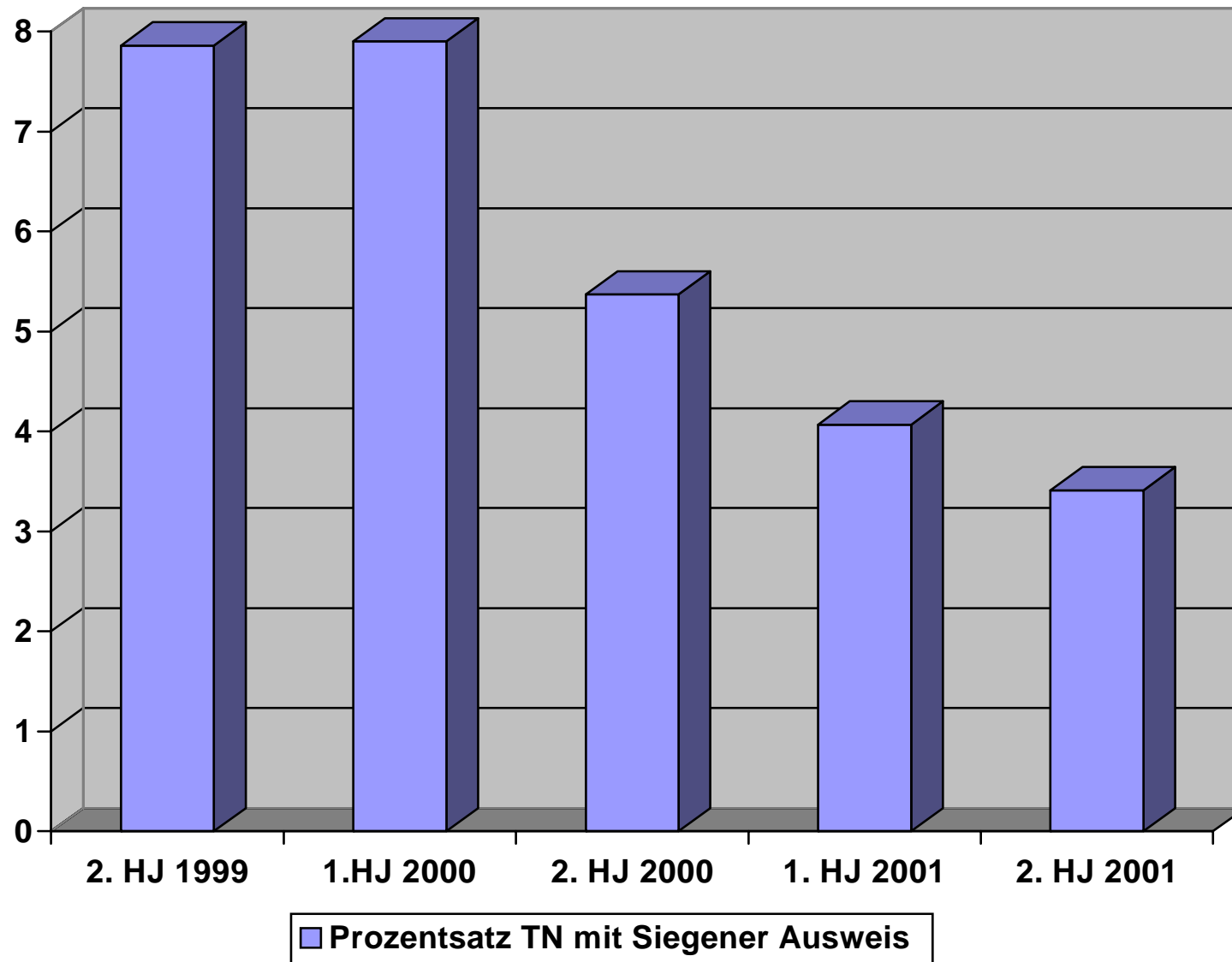
## TN mit Siegener Ausweis / TN gesamt

Anlage 1



## Prozentsatz TN mit Siegener Ausweis gesamt

Anlage 2



## Siegener Ausweis im Bereich der VHS Siegen im 2. HJ 2001

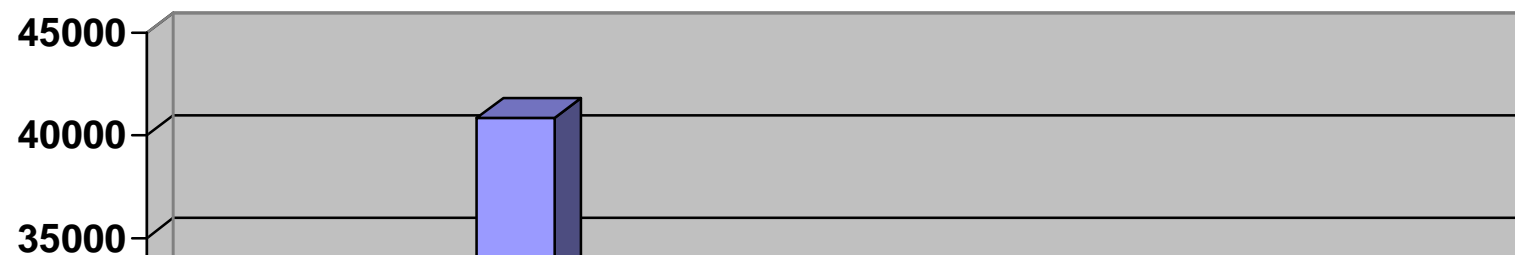
Anlage 3

Bereich	TN mit SI-Ausweis	TN gesamt	Prozentsatz	Einnahmen 50% der Entgelte	Einnahmeverluste 50% der Entgelte
DaF	39	209	18,66	2079,79	2079,79
Elementarbildung	16	76	21,05	483,43	483,43
Sprachen	48	1557	3,08	886,29	886,29
EDV	16	370	4,32	744,39	744,39
Berufliche Bildung	0	75	0	0,00	0,00
Freizeit/Hobby	13	536	2,43	297,54	297,54
Behinderte	wird nicht erhoben	57	wird nicht erhoben	entgeltfrei	3174,10
Gesundheit	13	307	4,23	281,50	281,50
Gymnastik	13	420	3,1	154,15	154,15
Familienbildung	6	118	5,08	45,81	45,81
Selbsterfahrung	7	106	6,6	50,10	50,10
Senioren	2	329	0,61	18,00	18,00
Frauen	2	127	1,57	41,10	41,10
Politik, etc.	0	162	0	0,00	0,00

<b>Junge VHS</b>	0	12	0	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>175</b>	<b>4461</b>	<b>3,41</b>	<b>5082,10</b>	<b>8256,20</b>

**Einnahmeausfälle / Einnahmen gesamt**

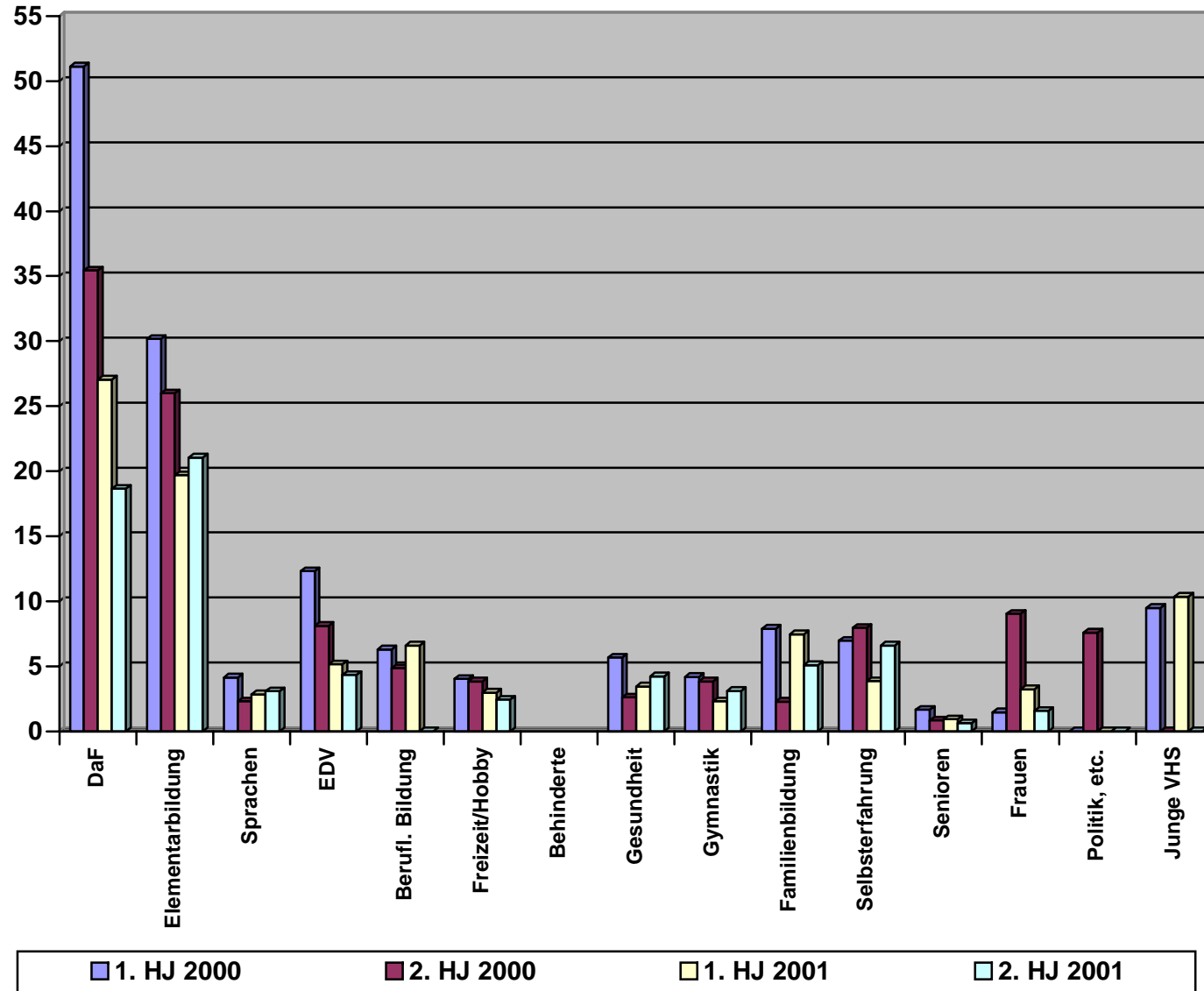
**Anlage 4**





# Prozentsatz TN mit Siegener Ausweis nach Bereichen

Anlage 5





## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2 Datum  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5 08.05.2002  
Bearbeitet von: Herrn Bablich/Frau Wagener-Groß FB  
5.2/FB 7.5

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

---

<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>
--	-------------------

---

<b>Ausländerbeirat</b>	<b>16.07.2002</b>
------------------------	-------------------

---

Betreff:

### **Übergangswohnheime für Spätaussiedler und Flüchtlinge - Zustandsbericht/Handlungsbedarfe -**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 4.12.2001 die Verwaltung mit der Erstellung eines Berichtes über den Zustand der Übergangswohnheime für Spätaussiedler und Flüchtlinge (Sanierungskonzept) beauftragt.

In Erledigung dieses Auftrages ist wie folgt zu berichten:

#### **I. Unterbringungssituation/Unterbringungsbedarf**

Zur Unterbringung der nach dem Landesaufnahme-/Flüchtlingsaufnahme-gesetz von der Stadt Siegen aufzunehmenden Spätaussiedler und Flüchtlinge stehen derzeit 17 Übergangswohnheime zur Verfügung.

Zum 31.03.2002 hielten sich hierin insgesamt 650 Personen auf, u.zw.:

- 149 Spätaussiedler

- 501 Flüchtlinge (davon 177, die außerhalb des Zuweisungsverfahrens nach Siegen gekommen sind und untergebracht werden mussten).

Bei einer möglichen Aufnahmekapazität von insgesamt ca. 740 Personen bedeutet dies einen Auslastungsgrad von ca. 88%.

Unter Einbeziehung einer erforderlichen Unterbringungsreserve von ca. 10 – 15% der verfügbaren Plätze bedeutet dies weiter, dass der vorhandene Einrichtungsbestand vollständig zu Unterbringungszwecken benötigt wird und wesentliche Bestandsreduzierungen derzeit nicht möglich sind.

Auf den Sachstandsbericht zur Sitzung am 4.12.2001 (Vorlagen-Nr. 1577/01) wird insoweit verwiesen.

## **II. Einrichtungsbestand (Allgemeine Informationen)**

Von den genutzten Einrichtungen wurden 9 in Massivbauweise und 8 in Container-Bauweise errichtet. – s. Anlage 1) -.

Der Erwerb bzw. die Herrichtung der Objekte zur Nutzung als Übergangswohnheime erfolgte in den Jahren 1990 – 1993 (Ausnahme Container-Anlage Fludersbach 234/236, Inbetriebnahme Mai 1994).

Für den Erwerb/die Herrichtung aller Einrichtungen wurden Zuschüsse des Landes gewährt.

In den Zuwendungsbescheiden ist dabei für in Container-Bauweise errichtete Übergangswohnheime eine Mindestnutzungsdauer von 15 Jahren, für Massivgebäude eine Nutzungsdauer von in der Regel 25 Jahren festgesetzt worden (Zweckbindungsfrist).

Im einzelnen – s. Anlage 2) -.

Für die Unterhaltung der städtischen Gebäude wird dem zuständigen Fachbereich 7/Abteilung Hochbau durch die Finanzverwaltung jährlich ein Gesamtbetrag (Gesamtmittelrahmen) zugewiesen.

Die Verteilung auf die einzelnen Fachbereiche/Abteilungen und die Mittelbewirtschaftung wird dort zentral unter Berücksichtigung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel und der Dringlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen vorgenommen.

Die für die Unterhaltung der Übergangswohnheime vorgesehenen Mittel betragen in 2002 40.000 €

## **III. Zustand der Einrichtungen/Problematiken**

Wie bei Ziffer 2 ausgeführt, wurde der Einrichtungsbestand in den Jahren 1990 bis 1993 erworben/errichtet bzw. zur Nutzung hergerichtet.

Soweit Massivgebäude erworben (wie etwa die Gebäude Am Jähen Hain und Am Alten Friedhof) bzw. städtische Gebäude zur Unterbringung zu Verfügung gestellt wurden (etwa Siegtalstr. 103, Geisweider Str. 123), befanden diese sich bereits in einem unbefriedigenden baulichen Zustand und hätten schon damals umfangreicher Sanierungsmaßnahmen bedurft.

Für die zur Nutzung als Übergangseinrichtungen notwendigen Herrichtungsarbeiten standen Finanzmittel nur in beschränktem Umfang zur Verfügung, so dass diese in entsprechend einfacher Form erfolgten.

Die angeschafften Wohn-Container wiesen hinsichtlich ihrer Bauweise und Ausstattung von vorneherein lediglich einen niedrigen Standard auf.

Darauf hinzuweisen ist, dass angesichts eines enormen Zuweisungsdrucks zur damaligen Zeit kurzfristig Entscheidungen zur Lösung der Unterbringungsproblematiken notwendig waren und letztlich hierbei davon ausgegangen wurde, dass eine Nutzung der Objekte lediglich für relativ kurze Zeiträume notwendig sein würde.

Mittlerweile werden die Einrichtungen im Durchschnitt seit über 10 Jahren in intensiver Weise zu Unterbringungszwecken genutzt.

In besonderem Ausmass für die Wohn-Container, aber auch für die Massiv-Gebäude gilt, dass der Bestand sich überwiegend in einem schlechten baulichen Zustand befindet.

Unabhängig von der intensiven Beanspruchung (die im übrigen bei den Zuschussbewilligungen durch eine entsprechend verkürzte Nutzungsdauer im Vergleich zu anderweitig genutzten Gebäuden berücksichtigt wurde) ist dies insbesondere darauf zurückzuführen, dass die für die bauliche Unterhaltung zugeteilten Mittel seit Jahren völlig unzureichend bemessen waren/sind und substanzerhaltende/verbessernde Maßnahmen hieraus nicht finanzierbar waren/sind.

Mit der Dauer der Nutzung eines Gebäudes steigt gewöhnlich auch der zur Erhaltung erforderliche Aufwand, so dass in den vergangenen Jahren eigentlich eine kontinuierliche Erhöhung der Ausgabeansätze notwendig gewesen wäre. Aufgrund der finanziellen Gesamtsituation der Stadt Siegen konnte dies nicht realisiert werden.

Durch die jährlichen Ansatzkürzungen liegt der rechnerisch je Einrichtung für Unterhaltungsmaßnahmen verfügbare Betrag zwischenzeitlich um ca. 18% unter dem des Jahres 1997 (1997 2.876 €, 2002 2.353 €).

- s. Anlage 3) -.

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass eine Weiternutzung des Einrichtungsbestandes bzw. von Teilen davon ohne die Durchführung von gravierenden Sanierungsmaßnahmen nicht möglich sein wird.

#### **IV. Sanierungsbedarf**

##### **A. Massivgebäude**

Zur Durchführung der dringenden Maßnahmen an den Gebäuden wäre die Zurverfügungstellung eines Betrages von ca. 676.500 Euro notwendig. Für mittelfristig erforderliche Sanierungsmaßnahmen ist ein Mittelbedarf in Höhe eines Betrages von ca. 643.050 Euro anzusetzen.

- s. im einzelnen Anlage 4) -.

##### **B. Wohn-Container**

Von einer konkreten Bedarfsermittlung wurde abgesehen.

Hier gilt ausnahmslos, dass aufgrund der einfachen Bauausführung diese Objekte in ihrer Substanz grundlegend nicht verbesserungsfähig sind.

#### **V. Handlungsbedarf/Maßnahmen**

##### **1. Aufgabe der Wohn-Container**

Entsprechend der Anmerkungen bei Ziffer IV. B sind Sanierungsmaßnahmen an den Container-Anlagen nicht möglich.

Nachhaltige Verbesserungen würden auch bei Einsatz erheblicher Mittel nicht zu erzielen sein.

Hier muss davon ausgegangen werden, dass die Objekte maximal mit Ablauf der vorgesehenen Zweckbindungsfrist tatsächlich nicht mehr zur Unterbringung der aufzunehmenden Personen verwendet werden können; falls diese Nutzungsdauer überhaupt erreicht werden kann.

Insoweit sind eintretende Kapazitätsüberhänge ausschließlich zur Schließung dieser Einrichtungen zu nutzen.  
Erste diesbezügliche Maßnahme wird die Räumung der Einrichtung Goldammerweg 4 bis Ende Juli d.J. sein, die sowohl aus baurechtlichen Gründen als auch wegen ihres maroden Zustandes nicht mehr belegt werden kann.

## **2. Weitere Verkürzung der Verweildauer in den Einrichtungen**

Die Verwaltung ist seit Jahren bemüht, die Verweildauer der Flüchtlinge in den Übergangwohnheimen – insbesondere der in den Wohncontainern untergebrachten Familien – auf einen Zeitraum von maximal 3 Jahren zu begrenzen.

Bei den Personen, denen nach Abschluss ihres Asylverfahrens ein längerfristiges Bleiberecht eingeräumt wird/worden ist, kann/konnte dieses Ziel auch im wesentlichen verwirklicht werden.

Wie aber ebenfalls bereits im Bericht zur Sitzung am 4.12.2001 dargestellt, haben von den derzeit in den Übergangsheimen untergebrachten Flüchtlingen weit über die Hälfte keine Aussicht darauf, dass ihnen ein dauerhaftes bzw. längerfristiges Bleiberecht zuerkannt wird wobei gleichzeitig völlig offen ist, ob überhaupt und ggfs. zu welchem Zeitpunkt eine Rückführung in ihr Heimatland erfolgen wird.

Von daher wird ein wesentlicher Teil des Einrichtungsbestandes zwischenzeitlich ausschließlich zur Unterbringung dieses Personenkreises benötigt.

Eine drastische Reduzierung der Zahl der Übergangseinrichtungen wird mittelfristig nur dann herbeigeführt werden können, wenn auch diesen Flüchtlingen nach einer gewissen Verweildauer – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status – der Zugang zum allgemeinen Wohnungsmarkt ermöglicht wird.

Von daher wird künftig Flüchtlingen nach einer – soweit möglich – spätestens dreijährigen Verweildauer Zustimmung zur Anmietung einer Wohnung erteilt, falls seitens der Ausländerbehörde kein annähernd konkretes Datum hinsichtlich einer beabsichtigten Rückführung benannt werden kann.

## **3. Sanierung der Massivgebäude**

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass ein völliger Verzicht auf die Nutzung von Übergangwohnheimen Flüchtlingen aus rechtlichen und sachlichen Gründen nicht möglich ist.

Es wird daher dauerhaft ein gewisser Einrichtungsbestand benötigt werden, für deren Unterhaltung zwangsläufig die Bereitstellung ausreichender Mittel erforderlich ist.

An nahezu allen derzeit genutzten Gebäuden sind zum Teil gravierende Sanierungsmaßnahmen notwendig, ohne die eine langfristige Weiternutzung nicht mehr gewährleistet werden kann.

Aus den für die Bauunterhaltung zur Verfügung stehenden Mitteln können Vorhaben mit dem Ziel der Erhaltung/Verbesserung der Bausubstanz in nennenswertem Umfang nicht finanziert werden. So müssen aus den für das laufende Jahr bereitgestellten Mitteln alleine ca. 1/3 verausgabt werden, um geforderte Brandschutzauflagen zu erfüllen.

Ohne eine deutliche Erhöhung der Ausgabeansätze ist ein weiterer

Verfall auch der Einrichtungen, die sich zur Zeit noch in einem ausreichenden Zustand befinden, vorprogrammiert.

Wie aus der als Anlage 4) beigefügten Aufstellung ersichtlich, sind zur Durchführung dringender Maßnahmen an den Gebäuden Kosten in einem Umfang von ca. 676.500 Euro und für mittelfristig notwendige Maßnahmen Aufwendungen in Höhe von ca. 643.050 Euro, insgesamt somit 1.319.550 Euro anzusetzen.

Von diesem Betrag entfallen alleine 852.500 Euro (ca. 65% des Gesamtbedarfes) auf die Einrichtungen Am Alten Friedhof, Am Jähen Hain und Koblenzer Strasse.

Unabhängig von der Frage der Finanzierbarkeit ist es zweifelhaft, ob ein Mitteleinsatz in der für eine langfristige Weiternutzung erforderlichen Höhe sinnvoll ist (Wirtschaftlichkeit). Es dürfte im Endergebnis zweckmäßiger sein, unter Umständen auf eine weitere Nutzung der Gebäude zu verzichten und im Bedarfsfall neue bzw. Ersatzeinrichtungen (Neubau/aus städtischem Bestand) zu schaffen.

Ob hierfür ein Erfordernis entstehen wird, ist zum einen von der allgemeinen Zuweisungsentwicklung, zum anderen aber insbesondere auch vom Erfolg der bei Ziffer 2 genannten Maßnahme abhängig.

Für die verbleibenden Massivgebäude gilt, dass diese mit eigentlich relativ geringem Aufwand so erhalten/hergerichtet werden können, dass eine langfristige Weiternutzung möglich ist.

Nicht für die laufende Unterhaltung benötigte Mittel müssten daher vorrangig zur Durchführung der an diesen Gebäuden erforderlichen Sanierungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Die in Kürze im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2003 vorzunehmende Mittelanmeldung wird unter Berücksichtigung der festgestellten Sanierungsbedarfe von insgesamt 1.319.550 €/Anlage 4 erfolgen.

Inwieweit eine Realisierung der zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse aus hiesiger Sicht dringend notwendigen Maßnahmen möglich ist, wird letztendlich davon abhängig sein, ob den beschriebenen Problematiken bei den Haushaltsplanberatungen/Entscheidungen eine entsprechende Priorität zuerkannt werden wird.

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

## Im Auftrag

Horst Fischer  
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 2

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.02.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>28.02.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.03.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen  
Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.  
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1582/2001!!! Weil die schon archiviert  
war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungs-  
vertrag einschließlich Anlage zu.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.02.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>28.02.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.03.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.  
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1583/2001!!! Weil die schon archiviert war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von: Herrn Roth

Datum  
08.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen**

**23.05.2002**

---

**Jugendhilfeausschuss**

**28.05.2002**

---

Betreff:

**Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.;**  
**hier: Förderung von besonderen sozialpädagogischen Betreuungsmaß-**  
**nahmen**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen und der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließen – vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002 -, dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. einen Sachkostenzuschuss in Höhe von 26.587 € zur Durchführung von sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen für ausländische Flüchtlinge einschließlich Verwaltungsmehraufwand zu gewähren.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Gemäß Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen der Stadt Siegen wird dem o. g. Verein bereits seit 1994 für besondere sozialpädagogische Betreuungsmaßnahmen für ausländische Flüchtlinge ein besonderer Förderbetrag zur Verfügung gestellt. In den letzten Jahren betrug die Fördersumme einschließlich einer Pauschale für entsprechenden Verwaltungsmehraufwand von 4.000,00 DM insgesamt 52.000,00 DM/Jahr, das entspricht 26.587,17 €. Die ordnungsgemäße Verwendung dieser Mittel wird jeweils durch den Verein im Rahmen der bestehenden allgemeinen Bewilligungsbedingungen der Stadt Siegen über die Gewährung von freiwilligen Zuschüssen nachgewiesen.

Im Haushaltsplan 2002 stehen für diese Maßnahmen wieder 26.587 € zur Verfügung. Aufgrund der beabsichtigten neuen Vertragsgestaltung mit dem Verein wurden diese Mittel der Haushaltsstelle 1.470.7180.9 zugerechnet und finden sich nunmehr in dem

Gesamtansatz auf dieser Haushaltsstelle (235.000 €) wieder. Somit kann dieser Zuschuss gewährt werden.

Der Mitteleinsatz erfolgt entsprechend der zwischen der Stadt Siegen und dem Verein abgestimmten Konzeption. Ein Verwendungsnachweis wird durch den Verein Anfang 2003 erbracht. Sollte der zur Zeit noch nicht abschließend behandelte Leistungsvertrag bereits ab 2002 wirksam werden, wird diese Summe entsprechend abgeglichen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
26.587 €	26.587 €	26.587 €		<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 26.587 €	Haushaltsstelle 1.470.7180.9
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	------------------------------

Im Auftrag

Horst Fischer  
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: keine